

Außenpolitik in Zeiten von Corona

Als die Corona-Pandemie (Covid-19) begann, schien die „Große Politik“ zunächst ausgesetzt. Das gewaltige NATO-Manöver „Defender“ nahe der russischen Grenze, das eine gezielte Machtdemonstration gegen Russland im 75. Jahr des Sieges über den Hitlerfaschismus sein sollte, wurde wegen Corona vorzeitig beendet. Die NATO verteilte im Bündnisgebiet Atemmasken und Schutzausrüstung – so erfüllt sie endlich einen friedenspolitischen Zweck. Flugzeugträger der USA und Frankreichs wurden aus Seuchengründen an die Kette gelegt. Premierminister Johnson war wegen einer Corona-Infektion im Krankenhaus, um den Brexit wurde es still.

Die *Asia Times* schrieb (02.05.2020) vom „Coronavirus Crisis Blame Game“: „Wenn es hart auf hart kommt, schiebe jemand anderem die Schuld in die Schuhe!“ Während angesichts der Pandemie erwartet werden sollte, dass eine Ära geopolitischer Zivilisiertheit und Zusammenarbeit anbricht, versucht Donald Trumps US-Regierung, China die Schuld für eigene Versäumnisse zu geben. Es wird behauptet, US-amerikanische Krankenhäuser seien Ziele chinesischer Cyber-Angriffe geworden; nicht nur die Bundesregierung, auch einige Gouverneure rufen lauthals nach chinesischen Regresszahlungen für die Corona-Verluste in den USA. Die Invektiven von Politik und Medien gegen China und Russland wurden auch in anderen westlichen Ländern, darunter in Deutschland schärfer. Da wollten auch die Grünen nicht beiseite stehen. Parteivorsitzende Annalena Baerbock warnte auf dem ersten digitalen Parteitag am 2. Mai vor einem Auseinanderbrechen der Europäischen Union und wachsendem chinesischen und russischen Einfluss in Europa. Sie beschwor ihre Zuschauer: „Nie wieder darf sich ein europäisches Land in seiner Not an China wenden!“ War das nun Kritik an der italienischen Regierung, die Hilfe aus China und Russland angenommen hatte? Oder an der deutschen Regierung, die nach Ausbruch der Pandemie auch gegenüber Nachbarn und EU-Partnern Restriktionen befohlen hatte? Erneut wurde deutlich: Deutsche Außenpolitik unter Beteiligung der Grünen würde zu noch mehr Konfrontationspolitik führen, als derzeit schon zu kritisieren ist – aber immer schön im Namen von „Demokratie und Menschenrechten“.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte sich dazu aufgefordert, sich für das seuchenpolitische Versagen der EU zu entschuldigen. Wie in der Finanzkrise 2008 war wieder der Nationalstaat zentraler Akteur in Europa. Derzeit wird behauptet, vor dem Virus seien alle gleich. Entscheidend ist jedoch der Zugang zum Gesundheitswesen. Hier besteht ein deutlicher Unterschied nicht nur zwischen EU-Europa und dem globalen Süden, sondern auch innerhalb der EU. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation von Mitte April forderte die Pandemie in Italien 203 Tote je eine Million Einwohner, in Spanien sogar 339 und in Deutschland lediglich 31 Tote je Million Einwohner (*Neues Deutschland*, 23.04.2020).

Stolz wird die Leistungsfähigkeit des deutschen Gesundheitssystems betont. Hier war zwar in den vergangenen Jahrzehnten im Geiste des Neoliberalismus ebenfalls deutlich gekürzt worden, aber nicht so drastisch, wie nach der Finanzkrise von 2008ff. in den Südländern. Die spanische Außenministerin Arancha González Laya betonte, auch ihr

Land hatte „früher eine solide Gesundheitsversorgung, aber sie ist heute weniger belastbar, als sie sein könnte“. In Griechenland versetzten die Sparaufgaben der „Troika“ während der Schuldenkrise das Gesundheitswesen in einen völlig zerrütteten Zustand, über 20.000 Ärzte wanderten seit 2010 aus. Allerdings hatte es die Regierung bis Mitte April durch sehr frühe und drastische Einschränkungen vermocht, „nur“ 12,5 Covid-19-Tote je Million Einwohner zu haben. Allerdings muss das Land mit weitreichenden wirtschaftlichen Folgen rechnen: Der Tourismus ist weltweit zusammengebrochen – in Griechenland hängen an dieser Branche 30 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Dass mit Corona eine tiefgreifende Krise verbunden ist, nicht nur in einem seuchenpolitischen Sinne, sondern voraussichtlich auch der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Verhältnisse, scheint inzwischen klar. Damit sind auch in die Weltpolitik neue Unsicherheiten eingerückt. Die haben ihre hauptsächlichen Ursachen aber nicht in der Seuche selbst, sondern in den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, die sie gewissermaßen vorgefunden hat.

Unsicherheit als Hintergrund

Die Corona-Krise unterscheidet sich von anderen Krisen dadurch, dass weder ein Krieg noch eine Wirtschaftskrise sie verursacht hat, sondern eine Seuche der Grund ist, über die auch die Experten noch nicht viel wissen. Weder über den Verlauf und die Ausbreitung, noch über Gegenmittel und Bekämpfung oder gar Verhütung. Nachdem aus den USA Gerüchte gestreut wurden, dass das Corona-Virus in China entweder künstlich gezüchtet oder aus einem schlampig geführten Labor entwichen sei – um das „Blame Game“ der USA gegen China zu spielen – scheinen sich die Experten inzwischen sicher zu sein, dass dieses Virus natürlichen Ursprungs ist und von Tieren auf den Menschen überggesprungen ist. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) nimmt inzwischen an, dass dieses Virus die Menschheit auf Dauer begleiten wird, wie seit den 1980er Jahren das HIV-Virus. Oder das SARS-Corona-Virus, seit 2002/03 bekannt. Der Bonner Philosoph Markus Gabriel verwies darauf, dass seit jener Zeit an einem Impfstoff gegen SARS gearbeitet wird, der bis heute nicht da ist. Es gäbe keinerlei Garantie, dass es bei Covid-19 anders sein wird (*Neue Zürcher Zeitung*, 30.04.2020).

Der israelische Journalist Nadav Eyal verwies auf „die ungeheure Macht industrialisierter Gesellschaften“. Er erinnerte daran, dass „Erkenntnisse für den nächsten Krieg“ stets auf dem vorherigen beruhen. Das war in diesem Falle die „Spanische Grippe“ 1918/19, der fünfzig Millionen Menschen zum Opfer fielen; der erste Weltkrieg kostete zehn Millionen Menschen das Leben. Das Neue beschreibt Eyal so: „Covid-19 kam in einem Zeitalter beschleunigter Globalisierung und Industrialisierung, was sowohl seine rasante Ausbreitung als auch seine Eindämmung begünstigte.“ Und weiter: „Die Natur hat sich mit einer exponentiellen Erscheinung zu Wort gemeldet, und die Menschheit erwidert ihr erstmals mit einer exponentiellen Antwort – mittels der Wissenschaft“ (*Berliner Zeitung*, 25./26.04.2020). Ob diese Antwort eine im Sinne der „Menschheit“ sein wird oder nur der bereits „industrialisierten Gesellschaften“, ist eine Hauptlinie der politischen Kämpfe der nächsten Zeit. Markus Gabriel setzt den Akzent zurückhaltender, spricht von einer „großen Demaskierung“. Die Krise hat alle politischen Berechnungen, Manöver und

Dynamiken sichtbar gemacht. Dafür brauchte es den „unsichtbaren Hauch eines Virus, das wie ein Gespenst herumspukt und uns im Wahn technokratischer Unverwundbarkeit unerwartet getroffen hat.“ Die Menschen seien „unberechenbare geistbegabte Tiere, die großer Unsicherheit ausgesetzt sind“ (*Neue Zürcher Zeitung*, 30.04.2020).

Nachdem die Bevölkerung der meisten Länder den Vorgaben des Seuchenschutzes gefolgt war, begann die Unsicherheit sich in unterschiedlichen Protesten zu äußern. Dazu gehört eine eigenartige Staatskritik, die als Mischung aus Unkenntnis und Halbwissen daherkommt. Sich „rechts“ wie „links“ verortende Kritiker denunzieren die Einschränkungen der Grundrechte zur Seuchenbekämpfung als „Drehbuch“, auf das man sich bei einer anderen Notsituation berufen könne, wahlweise einer rechtspopulistischen, einer „Gesundheitsdiktatur“ oder einer Ökodiktatur. Dazu wird die Corona-Gefahr heruntergeredet: bei einer „normalen Grippe“ stürben viel mehr Menschen; jeden Tag sterben Kinder im Jemen.

Der zuständige Säulenheilige ist Michel Foucault. In seinem Buch über das Gefängniswesen behandelt er das Pest-Reglement in Frankreich Ende des 17. Jahrhunderts, welche Beschränkungen angeordnet waren und wie sie exekutiert wurden, nach dem Prinzip Kontrolle und Disziplinierung.¹ Die entsprechenden Zitate werden in allerlei Texten genüsslich ausgeschlachtet. Bei Foucault schließt sich an, später habe der Staat Psychiatrie, Strafanstalten, Erziehungsheime und Spitäler nach diesem Muster organisiert. Nur: dort findet sich kein Wort darüber, inwiefern die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pest gemäß dem medizinischen Kenntnisstand von damals angemessen und wirksam waren. Späterer Missbrauch desavouiert nicht die ursprünglichen Zwecke. Jeder Staat behandelt ein Pestproblem nach seinem Charakter: der autoritäre des Spätfeudalismus oder des Frühkapitalismus anders, als der spätkapitalistische, bürgerlich-parlamentarische heute. Nach Umfragen trugen noch im Mai 2020 80 Prozent der Deutschen die Maßnahmen der Regierung mit.

Über die Zukunft entspann sich ebenfalls eine Debatte. Eine völlige Veränderung der Wirtschafts- und Lebensweise, die die einen befürchten und andere ersehnen, auch unter dem Gesichtspunkt der Klima-Krise, die das Hauptthema vor Corona war, wird jedoch erst kommen, wenn sie ebenfalls 80 Prozent Zustimmung hat.

Internationales hinter dem Rücken von Corona

Der Eindruck, die Große Politik habe eine Auszeit genommen, hat getäuscht. Alle Probleme, die es vor der Pandemie schon gab, sind immer noch oder wieder da. Der UNO-Sicherheitsrat kam bei der Seuchenbekämpfung nicht vor. Hauptakteure waren die großen - und kleineren - Mächte bzw. deren Regierungen. Die US-Streitkräfte setzen ihr wegen Corona ausgesetztes transatlantisches Großmanöver als „Defender Europe 20 Plus“ fort. Vom 5. bis 19. Juni 2020 werde es auf dem polnischen Truppenübungsplatz Drawsko Pomorskie eine gemeinsame Kriegsübung von 6.000 Soldaten aus den USA und Polen geben. Das teilte das US-Kommando in Europa am 13. Mai mit. Die Übung war eigentlich für den Mai geplant und steht im

¹ Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1994, S. 251ff.

Zusammenhang mit „Defender Europe“, das als die größte Verlegetübung von US-Streitkräften seit 25 Jahren angelegt war. In den nächsten Monaten seien weitere Manöver geplant. Die Bundeswehr hatte ihre aktive Beteiligung im März wegen Corona eingestellt, bleibt aber „militärischer Gastgeber“ für verbündete Streitkräfte.

Die Lage der Flüchtlinge wurde unter den Corona-Bedingungen noch komplizierter, als sie es ohnehin schon war. Die EU hat die üblichen Asylverfahren eingestellt. Selbst die Übernahme unbegleiteter Kinder aus den überfüllten Flüchtlingslagern in Griechenland in andere EU-Länder erweist sich als praktisch kaum zu lösendes Problem – mangels politischen Willens. Der Krieg in Libyen erschwert die Lage. Aus der Region Idlib, dem letzten umkämpften Gebiet in Syrien, wird mitgeteilt, die Bewohner hätten mehr Angst vor Hunger als vor Corona. Der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) macht darauf aufmerksam, die Flüchtlinge müssten aufgrund ihrer eingeschränkten Versorgungslage besonders geschützt werden, damit sie sich nicht mit Covid-19 infizieren. Sie halten sich oft an Orten auf, die überfüllt sind oder an denen das öffentliche Gesundheitswesen ohnehin bereits überlastet oder schlecht ausgestattet ist. Oft fehlen sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen oder auch nur Seife, um etwas gegen die Verbreitung von Krankheitserregern zu tun.

Mehr als 70 Millionen Menschen weltweit sahen sich durch Verfolgung, bewaffnete Konflikte, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, darunter über 20 Millionen Flüchtlinge. Über 84 Prozent von denen wurden in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen aufgenommen, die über ein schwaches Gesundheitswesen, schlechte Wasserversorgung und unzureichende Sanitäreinrichtungen verfügen. Um diese Flüchtlinge zu schützen, müssen die hygienischen Bedingungen und das Gesundheitssystem in den Flüchtlingslagern verbessert werden, darunter die Versorgung mit sauberem Wasser, Seife und Sanitäreinrichtungen, die Ausbildung von Personal zur Infektionsbekämpfung sowie Maßnahmen zur Abfallentsorgung. Der UNHCR braucht allein für die nächsten Monate dringend 745 Millionen US-Dollar zusätzlich, um auf den erhöhten Gesundheitsbedarf von Flüchtlingen durch COVID-19 reagieren zu können und die Präventionsmaßnahmen zu verstärken.²

Nach den Zahlen des in Stockholm beheimateten Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI betragen die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahre 2019 1.917 Mrd. US-Dollar. Das sind wieder fast 100 Mrd. US-Dollar mehr als im Vorjahr, der Anstieg weltweit lag bei 3,6 % gegenüber 2018, und deutlich mehr, als am Ende des Kalten Krieges: Damals wurden weltweit etwa 1.400 Mrd. US-Dollar für die Rüstung ausgegeben (im Jahre 1989 1.425 Mrd. und 1990 1.367 Mrd. US-Dollar). An der „Spitze des Rudels“, wie Donald Trump das einmal nannte, wieder die USA mit 732 Mrd. US-Dollar; das ist eine Steigerung gegenüber 2018 um 5,3 % und entspricht einem Anteil von 3,4 % am Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA und 38 % der weltweiten Rüstungsausgaben. Auf Platz zwei lag China mit 261 Mrd. US-Dollar, einer Steigerung um 5,0% gegenüber 2018, einem Anteil von 1,9 % am BIP der VR China sowie 14 % der weltweiten Militärausgaben. Gefolgt von Indien (71,1 Mrd. US-Dollar) und Russland mit Ausgaben von 65,1 Mrd. US-Dollar, einem Anteil am BIP von 3,9 % und an den weltweiten Rüstungsausgaben von 3,4%. Danach stehen auf der Liste

² <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/humanitaere-hilfe/gesundheit/corona-virus/>
(Gesehen: 18.05.2020).

Saudi-Arabien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Japan und Südkorea (www.dw.com/sipri-deutschland-steigerung). Deutschland war unter den „TOP-15-Staaten“ der weltweiten Rüstungsausgaben 2019 das Land mit der höchsten Steigerung: auf 49,3 Mrd. US-Dollar; das waren 10 % mehr als im Vorjahr. Sollte Deutschland die Zwei-Prozent-Marke des BIP erreichen, wären das nach dem Stand von 2019 Ausgaben für Militärzwecke in Höhe von 85 Mrd. Euro bzw. 95,3 Mrd. US-Dollar. Da waren die wirtschaftlichen Einbrüche durch die Corona-Krise nicht eingerechnet. Für 2020 nimmt die Bundesregierung einen Rückgang des BIP um 6,3 % an (*Die Welt*, 15.05.2020). Da würden die zwei Prozent für Kriegszwecke immer noch etwa 64 Mrd. Euro betragen – die Kramp-Karrenbauer-Skala bliebe also nach oben offen, wenn dem nicht politisch Einhalt geboten wird. Die 29 NATO-Staaten gaben 2019 zusammen 1.035 Mrd. US-Dollar für das Militär aus. Das ist ungefähr das Sechzehnfache Russlands, von NATO-Propagandisten immer wieder gern als große Gefahr beschworen, und etwa das Vierfache Chinas.

Oder anders gerechnet: Die NATO gibt 1.390 mal soviel für den nächsten Krieg aus, wie der UNO-Flüchtlingskommissar jetzt braucht, um die in Lagern der UNO bereits befindlichen Flüchtlinge vor der Corona-Pandemie zu beschützen.

Hysterisches aus Washington

Nach aktuellen Zahlen gab es bisher in Italien 225.435 Corona-Infizierte und 31.908 Todesfälle, in Spanien 230.698 Infizierte und 27.563 Tote, in Großbritannien 244.995 Infizierte und 34.716 Gestorbene. In China waren es nach offiziellen Angaben 84.054 Infizierte und 4.638 Gestorbene und in den USA 1.490.195 bzw. 89.636 (www.merkur.de, 18.05.2020). Für alle objektiven Beobachter ist klar, dass US-Präsident Donald Trump die Gefahr zunächst geleugnet und kleingeredet hatte, dann seine Administration unfähig war, die Abwehrmaßnahmen im Lande zu leiten oder zumindest zu koordinieren. Im Gegenteil, zum Teil wurden Trump-Anhänger aufgestachelt, in von Demokraten regierten Bundesstaaten der USA gegen die dortige Administration zu demonstrieren. Da 2020 die turnusmäßigen Präsidenten- und Kongresswahlen anstehen, brauchte Trump einen Sündenbock, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Der fand sich rasch in Gestalt der Volksrepublik China. Das Land habe das wahre Ausmaß der Pandemie verschleiert, zu spät reagiert und das Ausland in die Irre geführt. Das wurde auch noch demokratie-bekennnishaft aufgeladen: das spreche gegen das autoritäre Regime und für die schöne Demokratie der USA. Zwischenzeitlich wurde versucht, den nach wie vor, seit dem zweiten Weltkrieg, bestehenden Verbund der Geheimdienste der fünf angelsächsischen Staaten – USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland – vor diesen Karren zu spannen. Die anderen winkten jedoch ab, es gebe keinen signifikanten Beweis für eine Schuld Chinas an der weltweiten Pandemie. Gleichwohl rührten sich in den westlichen Ländern die atlantistischen Einflussagenten, so in Deutschland der Chefredakteur der Bild-Zeitung, Julian Reichelt. Er behauptete, in China werde nichts erfunden, das Land sei „Weltmeister im Diebstahl von geistigem Eigentum“, weil es in einem nicht freien Lande keine Innovation geben könnte. Selbst wenn wir beim Klischee der Unfreiheit bleiben, so gilt: Wenn das zuträfe, hätte es in Hitlerdeutschland keine einzige

technische Innovation geben dürfen. Leider war das Gegenteil der Fall, ich nenne nur die Erfindung des Strahltriebwerks, mit dem ab 1943 die weltweit ersten Kampfflugzeuge ausgestattet wurden, sowie die Raketenentwicklung in Peenemünde, deren Ergebnisse nach dem zweiten Weltkrieg sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion für die eigenen Raumfahrtprogramme genutzt wurden. Der Zusammenhang von Innovation und bürgerlich-demokratischer Verfasstheit von Gesellschaften gehört zum Programm der Selbstbeweihräucherung der gegenwärtigen westlichen Gesellschaften und hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Zugleich forderte Reichelt, dass China „für den gigantischen wirtschaftlichen Schaden aufkommen“ müsste, der durch das Corona-Virus weltweit angerichtet wird (*Bild-Zeitung*, 17.04.2020). Auch in Deutschland gilt: Die Fake News-Produzenten sind unter uns. Diese Bekundung passte in die Stimmungsmache der Trump-Administration.

Das Problem reicht jedoch tiefer. Trumps Programm war von vornherein auf drei zentrale Punkte gerichtet: (1) in Sachen Rüstungswettlauf „an der Spitze des Rudels“ zu bleiben – hier sind Russland und China die Gegner in der jetzigen Dreier-Runde des *nuklearen Patts*; (2) die USA aus dem Regime-Change-Geschäft herauszuziehen, weil es nichts gebracht hat; (3) die USA im Bereich der Realwirtschaft wieder nach vorn zu bringen und jene Länder zu bekämpfen, die große Überschüsse im Handel mit den USA erwirtschaften. Das sind Deutschland und China. Insofern war Trumps Mitteilung 2018, die USA hätten drei Feinde, logisch und im Sinne von „America First“ zutreffend: China, Russland und Deutschland.

Da nur China auf beiden Konkurrenzfeldern, Militär und Wirtschaft, erscheint, ist es der Hauptfeind. In diesem Sinne sind die jetzigen hysterischen Verfeindungen im Namen der Corona-Pandemie die Fortsetzung der vorherigen Politik aus Handelskriegen, militärischem Druck und Ermunterung von anti-chinesischen Bekundungen in Hongkong, Taiwan und anderswo mit anderen Mitteln. Die Journalistin Anjana Shrivastava ist indischer Herkunft, wurde in Großbritannien geboren, studierte in den USA, „schreibt von Berlin aus“, wie *The Guardian* mitteilte, und gilt als sehr USA-kundig. Sie publizierte dieser Tage einen aufschlussreichen Artikel über das US-chinesische Verhältnis: Chimerica, wie das quasi-symbiotische Verhältnis USA-China vor 15 Jahren euphemistisch genannt wurde, gibt es nicht mehr. „Die Zeichen stehen auf Sturm“.

Shrivastava nennt Fakten, die hierzulande nicht bekannt sind: Das FBI warnt derzeit alle, die an Impfstoffen gegen das Corona-Virus arbeiten, vor chinesischen Hackern. US-Professoren, die ihre chinesischen Sponsoren nicht angegeben haben, wurden verhaftet und angeklagt, so in Arkansas und Georgia. Der Chemiker und Spitzenforscher im Bereich der Nanotechnologie, Charles M. Lieber, wurde wegen Zusammenarbeit mit chinesischen wissenschaftlichen Einrichtungen unter dem Vorwand der „Wirtschaftsspionage“ verhaftet. US-Universitäten sollen in Bereichen, die sich mit Fächern wie Künstlicher Intelligenz befassen, für chinesische Studenten gesperrt werden.

Trump's „Direktor für Handel und Industriepolitik“, Peter Navarro, behauptete, China sei schuld, dass die US-amerikanische Wirtschaft innerhalb von 60 Tagen ruiniert wurde. Trump's Anhänger glauben, dass die USA in den vergangenen Jahren eine „glänzende Konjunktur“ durchliefen, mit niedriger Arbeitslosigkeit, umfangreicher

Energieproduktion und hohen Aktienpreisen. Wenn dies im Wahljahr nicht mehr zutrifft, so ist dafür nicht der Präsident mit seiner Politik in Zeiten der Pandemie verantwortlich, sondern China. Insofern hat Navarro, wie Shrivastava betont, „die Dolchstoßlegende schon vorbereitet“. Zugleich verweist sie auf ein strategisches Machtkalkül in Washington: „Egal, wie das Kräfteverhältnis zwischen den USA und China gerade aussieht: Für Amerika stehen die Chancen jetzt besser als in fünf oder zehn Jahren“, eine Konfrontation auszutragen (*Berliner Zeitung*, 18.05.2020).

Das klingt sehr nach dem „Besser jetzt als später“, vom dem sich die deutsche Reichsleitung in der Julikrise 1914 leiten ließ – wenn die Mittelmächte die Kraftprobe mit der Entente länger hinauszögern sollten, würden ihre Chancen nur schlechter stehen.³ Unterschied ist: in Deutschland kam damals zuerst die Entscheidung, es „jetzt zu wagen“, und später die Dolchstoßlegende. Hier ist es umgekehrt.

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Peter Beinart betonte, dass Präsidentschaftskandidat Joe Biden in Sachen Coronakrise Trump nicht etwa kritisiert, weil er die Warnungen seiner Berater in den Wind schlug, es versäumte, ausreichend Schutzkleidung zu beschaffen, oder Falschinformationen über die Krankheit verbreitete. Nein, sein Team attackiert Trump, weil er zu nachgiebig sei und „vor den Chinesen gekuscht“ habe. Er will nun offenbar versuchen, „Trump in der Chinapolitik mit einer noch härteren Gangart zu überbieten“.⁴ Das heißt, in der Außenpolitik wird nichts besser, sollte Biden Trump ablösen. Er gehörte ohnehin zu den interventionistischen Globalisten, die die USA vom zweiten Weltkrieg bis auf Obama regiert hatten. Trump war bisher der erste Präsident seit Jimmy Carter, der keinen neuen Krieg angezettelt hat. Seine Mittel sind ausuferndes Wettrüsten, Handelskrieg und Druckpolitik. Bisher jedoch kein neuer Schieß-Krieg, im Gegenteil, das Bemühen, die US-Truppen aus den Konflikten im Nahen Osten und Afghanistan herauszuziehen. Der frühere US-Vizepräsident Joe Biden hatte auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 in Sachen Trump verkündet: „Ich verspreche Ihnen, das wird vorbeigehen. Wir kommen zurück.“ Das ist wohl eher als Drohung zu verstehen. Nicht nur hinsichtlich einer Wiederkehr der unsäglichen Regime Change-Kriege. Auch in der China-Verteufelung würde Kontinuität herrschen.

Deutschland und die EU

In ihrer Frühjahrsprognose teilte die EU-Kommission mit, die ökonomischen Folgen der Pandemie würden alle zu spüren bekommen, doch Ausmaß und Dauer der Rezession würden je nach Land unterschiedlich ausfallen. Deutschland sowie die nord- und osteuropäischen EU-Länder würden relativ rasch aus der Wirtschaftskrise herauskommen, Südeuropa dagegen werde es härter treffen. In den 27 EU-Mitgliedstaaten werde die Wirtschaft 2020 im Schnitt um 7,4 % schrumpfen, in den 19 Euro-Staaten sogar um 7,7 %. Die Arbeitslosenquote steige von 6,7 auf 9 %, die Investitionen würden um mehr als 13 % einbrechen.

Europa erlebe „einen ökonomischen Schock, den es so seit der Weltwirtschaftskrise

3 Vgl. Sean McMeekin: Juli 1914. Der Countdown zum Krieg, Berlin: Europaverlag 2014, S. 144; Annika Mombauer: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München: Verlag C.H. Beck 2014, S. 20f., 42.

4 Peter Beinart: Auf Trumps Spuren, in: www.ipg-journal.de, 05.05.2020, S. 1f.

nicht mehr gegeben hat“, sagte EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni. „Die unmittelbaren Auswirkungen für die Weltwirtschaft sind weit schlimmer als nach der Finanzkrise“, ergänzte der Vizepräsident der EU-Kommission, Valdis Dombrovskis. Allerdings werde es im zweiten Halbjahr 2020 wieder aufwärts gehen, und die Wirtschaft in der EU 2021 um 6,1 % wachsen. Das Vorkrisenniveau erreiche die europäische Wirtschaft nächstes Jahr allerdings noch nicht: Produktion, Beschäftigung, Investitionen und Exporte würden 2021 noch nicht wieder auf den Stand von 2019 steigen. Das nur unter der Voraussetzung, dass der Stillstand im Mai 2020 beendet werde. Dauere er länger an oder machten neue Infektionswellen erneut Schließungen von Teilen der Wirtschaft erforderlich, müsste der Aufschwung länger auf sich warten lassen. Das gelte auch, wenn es die EU nicht schaffe, eine effektive gemeinsame Wiederaufbaustrategie zu verabschieden. Zu den Risiken gehörten auch protektionistische Tendenzen in der Weltwirtschaft (*Handelsblatt, 06.05.2020*).

Auch mit der Corona-Krise reproduzieren sich die Ungleichgewichte innerhalb der EU. Deutschland bleibt wirtschaftliches Kraftzentrum. Der deutsche Außenhandelsumsatz erreichte 2019 ein Volumen von über 2,4 Billionen Euro; die Exporte lagen bei 1.327,6 Mrd., der Exportüberschuss bei 223,6 Mrd. Euro, der Leistungsbilanzüberschuss bei 266,2 Mrd. Euro (alle Zahlen nach Destatis). Der Wert der deutschen Exporte in die anderen EU-Länder lag 2019 bei 777,3 Mrd. Euro, der Überschuss betrug hier 146,0 Mrd. Euro. In die Länder der Euro-Zone gingen Exporte im Wert von 491,8 Mrd. Euro, bei einem Überschuss von 82,7 Mrd. Euro. Das heißt, 2019 stammten 65,3% der deutschen Exportüberschüsse aus der EU und 37,0% aus der Eurozone. Im Jahre 2010 waren dies 79,0% aus den Exporten in die anderen EU-Länder und 55,2% aus der Euro-Zone. In Länder außerhalb der EU gingen 2019 Exporte im Wert von 550,3 Mrd. Euro, bei einem Überschuss von 77,5 Mrd. Euro.

Ein gewachsener Teil des deutschen Außenhandelsüberschusses resultiert aus dem Austausch mit der weiten Welt. Damit sind EU und Euro stärker als noch neun Jahre zuvor nicht mehr erstrangige Quelle deutscher Überschüsse als vielmehr Voraussetzung seiner globalen Position. Wichtigster Außenhandelspartner war 2019 erneut die Volksrepublik China mit einem Umsatz von etwa 206 Mrd. Euro, davon deutsche Exporte in Höhe von 96 Mrd. Euro und Importe von 110 Mrd. Euro. Mit China hat Deutschland das höchste Außenhandelsdefizit zu verzeichnen. Die meisten deutschen Exporte gingen in die USA, insgesamt im Wert von 118,7 Mrd. Euro. Damit ist Deutschlands Position als geoökonomische Macht mit globalen Interessen von einer Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den USA und China in höchstem Maße betroffen.

Die deutschen Exportüberschüsse sind Kehrseite der Schulden der anderen EU-Länder. Die „Sparpolitik“ gegenüber den Schuldnerländern in der Finanzkrise 2008 ergab sich aus der Entscheidung, den Euro als zweite Weltwährung in Konkurrenz zum US-Dollar zu erhalten. Da der Euro Grundlage der deutschen Stellung in der Weltwirtschaft ist, lag die Priorität der deutschen Politik darauf, den Euro zu retten und zu stabilisieren, auch wenn dies auf Kosten anderer EU-Länder geht. Damit zeichnete sich ein Spannungsverhältnis zwischen den globalen deutschen Interessen als geoökonomischer Macht und den Erfordernissen der Gestaltung der Europäischen Union als eines Integrationsverbundes von Staaten, Völkern und Regionen ab. Die Entwicklungsunterschiede innerhalb der Union sollten aus Sicht der Integrationsziele

verringert werden, während sie für die deutschen Globalinteressen irrelevant sind, sofern sie die deutsche Exportwirtschaft nicht stören.

Der Euro wird vielfach als Kernproblem der Spannungen innerhalb der EU angesehen, weil die anderen EU-Länder ihre Handels- und Leistungsbilanzdefizite innerhalb der Euro-Zone nicht durch Währungsabwertungen, die auf eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zielen, kompensieren können. Die Ungleichheit in den EU-Ländern und zwischen ihnen hat seit 2008 sichtbar zugenommen. Damit erodieren die Grundlagen der Integration. EU-Europa über das Geld zu einen, ohne gleichzeitig eine Sozialunion und eine Umwelt-Union zu schaffen, hat sich als äußerst problematisch erwiesen. Bei der Einführung des Euro herrschte der Glaube vor, er biete Schutz vor den Zumutungen der Globalisierung. Tatsächlich hat er die Probleme vergrößert, die Deindustrialisierungsprozesse in den Südländern erwiesen sich als irreversibel. Der Binnenmarkt führt zur Entindustrialisierung der Peripherie zugunsten des Zentrums, in dem vor allem Deutschland steht. Die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem Jugendarbeitslosigkeit, in den Südländern auf der einen und die niedrige in Deutschland auf der anderen Seite sind deren sozialer und wirtschaftlicher Ausdruck: Die Arbeitslosenquote betrug im März 2019 in Griechenland 18,5%, in Spanien 14,0%, Italien 10,2%, Frankreich 8,8% und in der EU insgesamt 6,4%. In Deutschland dagegen lag sie bei nur 3,2% (<https://de.statista.com>).

Vor diesem Hintergrund wurde jetzt erneut die Idee von „Euro-Bonds“ – gemeinsamen europäischen Staatsanleihen – in Umlauf gebracht, die jetzt „Corona-Bonds“ heißen. Die Frontstellungen innerhalb der Euro-Zone sind wie 2008: die Südländer, vor allem Italien und Spanien, drängen – unterstützt von Frankreich – auf deren Schaffung, Deutschland, assistiert von den Niederlanden und Österreich, lehnt das ab. Zwar musste auch der deutsche Finanzminister, Olaf Scholz (SPD), einräumen, dass das damalige Hauptargument der Ablehner der Euro-Bonds, diese würden den „Reformmeifer“ der Südländer bremsen – die seien an ihrer finanzpolitischen Misere selbst schuld – jetzt nicht zuträfe, für die Corona-Pandemie könne schließlich niemand. Dennoch, „Corona-Bonds“ seien eine „Vergemeinschaftung der Schulden“, und das sei in den EU-Verträgen nicht vorgesehen.

Da es in der EU eine gemeinsame Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik nicht gibt, müsste Deutschland als Exportnation und Hauptnutznießer des Euros besondere Rücksicht auf die Partnerländer nehmen. Das Gegenteil ist der Fall. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 5. Mai der Klage des Euro-Gegners von der CSU, Peter Gauweiler, und des Gründers und früheren Vorsitzenden der AfD, Bernd Lucke, teilweise stattgegeben und den Kauf von Staatsanleihen einzelner EU-Länder durch die Europäische Zentralbank (EZB) in den vergangenen Jahren als „Verstoß gegen das Grundgesetz“ gewertet. Damit stellte es sich ausdrücklich gegen einen gegenteiligen Beschluss des Europäischen Gerichtshofes (EuGH). Der hatte geurteilt, dass die Ankaufspraxis der EZB vertragskonform ist. Damit hat sich Deutschland, das sich gegenüber anderen EU-Ländern, nicht nur Polen und Ungarn, stets als Sachwalter der europäischen Idee geriert, über das EU-Recht gestellt. Das Bundesverfassungsgericht will „letzte Instanz“ auch der EU sein. Darauf können sich nun auch die regierenden Nationalisten in Ungarn, Polen und anderswo berufen, wenn es darum geht, Entscheide des EuGH in Bezug auf deren innenpolitische Entscheidungen abzuweisen.

Mit diesem Urteil hat sich Andreas Voßkuhle als Präsident des BVerfG aus seinem Amt verabschiedet. Als Nationalist? „Deutscher Patriot“? Ein Vorgeschmack auf das deutsche Agieren in Sachen finanzieller Abfederung der Corona-Folgen in der EU? Mit dem Vorschlag von Bundeskanzlerin Merkel und des französischen Präsidenten Macron vom 18. Mai wurde ein europäisches Hilfspaket mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro angeregt, für das es eine massive Schuldenaufnahme über den EU-Haushalt geben soll. Die Verteilung an die verschiedenen EU-Staaten soll nach Bedürftigkeit gehen. Desavouiert Merkel Voßkuhle? Relativiert sie angesichts von Corona die deutsche Ablehnung von „Euro-Bonds“? Unklar ist, ob das im Europäischen Rat durchkommt. Die Bremser von 2008 – Niederlande, Österreich, Skandinavien – haben sich bereits ablehnend geäußert. Aus einem Zerfall der EU infolge des Corona-Virus würden sie aber auch nicht ungeschoren davorkommen.

(Manuskriptabschluss: 19. Mai 2020. Eine leicht gekürzte Fassung dieses Textes ist in der Zeitschrift „Sozialismus“, Hamburg, Heft 6, Juni 2020, erschienen.)